

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Ausschusses für
Mobilität und Verkehrsflächen
30.06.2026

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)

5

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
11.08.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 6-10
Schriftführung
Cornelia Türk
Telefon-Nr.
02202-141856

Niederschrift

Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen
Sitzung am Dienstag, 30.06.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:02 Uhr – 20:44 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe TOP 1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Vereidigung sachkundiger Bürger**
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung vom 05.05.2026 - öffentlicher Teil**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 05.05.2026 - öffentlicher Teil
0316/2026**
- 5 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6.1 Mündliche Mitteilungen**

6.2 Schriftliche Mitteilungen

6.2.1 Europäische Mobilitätswoche *0326/2026*

7 Information der Kölner Verkehrs-Betriebe AG über die bevorstehenden Baumaßnahmen an der Stadtbahnlinie 1 *0255/2026*

8 Bebauungsplan Nr. 2350 – Schule am Lerbacher Weg – -Beschluss zur Fortführung des Verfahrens *0332/2026*

9 Offene Beschlüsse *0328/2026*

10 S-Bahnausbau *0319/2026*

11 Maßnahmenprogramm Mobilität und Verkehr 2026 - 2030 *0342/2026*

12 Schmidt-Blegge-Straße Vorplanung *0820/2025*

13 Sachstand weiteres Vorgehen Fahrradstraßen *0363/2026*

14 Barrierefreie Bushaltestellen - Vergabe Haltestellenpakete Kategorie C und D *0369/2026*

15 Östliche Innenstadt - Odenthaler Straße / Hauptstraße *0320/2026*

16 Querungen Hermann-Löns-Straße *0321/2026*

17 Schulstraße KGS In der Auen *0327/2026*

18 Ferdinand-Stucker-Straße *0355/2026*

19 Verkehrssituation an der Einmündung Schmidt-Blegge-Straße/ Dellbrücker Straße *0347/2026*

20 Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach an die Bezirksregierung Köln zum Genehmigungsverfahren nach § 9 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für das Vorhaben der Kölner Verkehrs-Betriebe AG

„Neubau Bahnstromunterwerk UW 65 in Refrath“
0386/2026

21 Verkehrssituation Vürfels in Refrath *0401/2026*

22 Änderung Zuständigkeitsordnung bzgl. § 125 BauGB

- 0310/2026
- 23 BauGB III. Nachtragssatzung**
0311/2026
- 24 KAG IV. Nachtragssatzung**
0312/2026
- 25 Anträge der Fraktionen**
- 25.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2026 - Abstimmungen der Straßengestaltung für Parkflächen sowie Querungsmöglichkeiten für die KiTa in der Schulstraße in Bergisch Gladbach-Sand**
0343/2026
- 25.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen und SPD vom 14.04.2026 - Kompensationsmaßnahmen Ausfall S-11 bzw. Linie 1**
0306/2026/1
- 25.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 21.05.2026 - Einbahnstraßenregelung vordere Schloßstraße sowie Nikolausstraße**
0385/2026
- 26 Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 26.1 Anfrage der Bürgerpartei GL vom 03.05.2026 - Rechtswidrige Anordnung der Fahrradstraße**
0371/2026
- 26.2 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen und SPD vom 20.05.2026 zum aktuellen Sachstand der Einrichtung von Schulstraßen**
0381/2026
- 26.3 Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt folgende Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder:

CDU-Fraktion

Lutz Schade
Dr. Oliver Schillings
Oliver Renneberg (abwesend 18:51–18:54 Uhr)
Hermann-Josef Wagner
Frank Reiländer (abwesend 19:32–19:34 Uhr)
Harald Henkel
Wolfgang Maus (s.B.)
Max Kindervater
Christian Kunze (s.B.)

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Michael Laufenberg (s.B.) (Vertretung für Anke Außendorf) (abwesend 20:38-20:42 Uhr)
Dr. Jonathan Ufer (abwesend 20:20-20:28 Uhr)
Anne Skribbe (s.B.)
Dr. Friedrich Bacmeister

SPD-Fraktion

Andreas Ebert (abwesend 18:12-18:17 Uhr, geht um 19:22 Uhr)
Jörg Keienburg (s.B.)
Walter Helms (s.B.)
Bettina Häusling

AfD-Fraktion

Frank Cremer
Jürgen Niemann

Volt/Fraktion Freie Wählergemeinschaft

Jörg Laschet (s.B.) (abwesend 18:48-18:51 Uhr)

DIE LINKE GL

Mara Häuser (abwesend 18:52-18:54 Uhr)

Inklusionsbeirat

Keine Vertretung

Seniorenbeirat

Keine Vertretung

Verwaltung

Ragnar Migenda VVIII
Wibke Krause 6-60
Martin Hardt 6-64

Willi Schmitz FB 9-14 Ratsbüro (geht um 19:20 Uhr)
Cornelia Türk 6-10

Gäste

Johannes Füg (Fischer Teamplan)
Gökhan Dag (Projektleiter der Kölner Verkehrs-Betriebe AG)
Stephan Anemüller (Pressesprecher der Kölner Verkehrs-Betriebe AG)

Herr Wagner weist zu Beginn der Sitzung auf die Missstände des Ratssaales hin. Es gebe seit Jahren die Baustelle an der Decke, im Winter funktioniere die Heizung nicht und im Sommer sei es zu warm. Dies sei für die Ausschussmitglieder nicht zumutbar und einem Ratssaal nicht würdig.

Herr Schade weist daraufhin, dass der AMV nicht der dafür zuständige Ausschuss sei.

Über Ö 23 und Ö 24 werde gemeinsam abgestimmt.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Vereidigung sachkundiger Bürger

Herr Michael Laufenberg von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen wird vereidigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung vom 05.05.2026 - öffentlicher Teil

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 05.05.2026 - öffentlicher Teil

0316/2026

Herr Dr. Ufer möchte von der Verwaltung wissen, welches Hochbord unter Ö 11 gemeint sei. Es gehe hier um die Buchholzstraße und da sollte der Radweg nicht auf einem Hochbord, sondern auf einem Schutzstreifen auf der Fahrbahn geführt werden. In dem Änderungsantrag, der beschlossen wurde, gehe es nur um den Knotenpunkt Handstraße (B506) / Buchholzstraße. Die Führung des Radwegs auf der Handstraße (B506), welche heute auf einem Hochbord sei, sollte gemäß Beschluss so bleiben.

Frau Krause sagt, dass es sich um das Hochbord/Radweg auf der Handstraße (B506) und nicht auf der Buchholzstraße handle.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Keine.

6. Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Mündliche Mitteilungen

Herr Hardt gibt einen Sachstandsbericht zu der Altenberger-Dom-Straße und zur Laurentiusstraße. Beide Maßnahmen liefen recht gut. Bei der Altenberger-Dom-Straße habe man gehofft, dass noch in den Sommerferien die abschließende Decke aufgebracht werden könne. Dies funktionierte leider nicht. Es werde etwa 4 Wochen länger dauern, aber auch damit liege man noch im Zeit- und Budgetplan. Die Laurentiusstraße werde im Laufe des Augusts abgeschlossen und laut derzeitigen Kostenprognosen sei man hier unter der Auftragssumme.

Herr Henkel sagt, dass an der Feuerwehr auf der Altenberger-Dom-Straße die Fahrbahn einspurig sei und bittet darum zu prüfen, ob dies auch zweispurig gehe.

Herr Hardt sagt, dass alles vorschriftsmäßig umgesetzt wurde und das, was vorher verkehrt gemacht wurde, nun leider wieder verkehrt gemacht wurde. Dies werde im Laufe der Woche revidiert.

6.2. Schriftliche Mitteilungen

6.2.1. Europäische Mobilitätswoche

0326/2026

Herr Niemann fragt, ob die Kosten der Mobilitätswoche schon feststehen.

Herr Schade antwortet, dass für 2026 noch nicht abschließend feststehe, ob eine Teilnahme möglich sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Information der Kölner Verkehrs-Betriebe AG über die bevorstehenden Baumaßnahmen an der Stadtbahnlinie 1

0255/2026

Herr Dag von der Kölner Verkehrs-Betriebe AG hält eine Präsentation zu den geplanten Baumaßnahmen entlang der Stadtbahnlinie 1 in 2026.

Herr Dr. Schillings möchte wissen, wie lange diese Baumaßnahmen dauern werden.

Herr Dag antwortet, dass am 13.7. begonnen werde und am 2.9. gehe man wieder in Betrieb, also insgesamt sieben Wochen.

Herr Wagner sagt, dass er sich erinnern könne, dass vor 2-3 Jahren die Rede davon gewesen sei, dass die Bahnsteige verlängert werden müssten, da neue Fahrzeuge kämen und damit könne die Verkehrsschleife in Refrath wegfallen. Er habe sie hier auf dem Plan wieder gesehen. Daher möchte er wissen, wie der aktuelle Sachstand sei. Des Weiteren möchte er wissen, ob ausgeschlossen sei, dass gleichzeitig die Haltestelle Lustheide wie auch der Bahnübergang an der Dolmanstraße geschlossen werde.

Herr Dag sagt, dass der Rückbau der Weichenanlage und die Erweiterung der Bahnsteige im Rahmen des Kapazitätserweiterungsprogramm Ost/West Achse laufen und dies sei ein von der jetzigen Maßnahme losgelöstes Projekt. Zurzeit gebe es ein Planfeststellungsverfahren und da sei er nicht im Thema. Dies betreffe, soweit er wüsste, die Phase 4. Die KVB habe geglaubt, dass dies etwas schneller gehe und daher habe man die Weichenanlage der Wendeschleife etwas schleifen lassen. Diese soll zukünftig zurückgebaut werden. Der Bahnübergang Vüfels sei die gesamten sieben Wochen gesperrt und auch der Übergang Vüfeler Kaule müsse für fünf Tage dicht gemacht werden, d. h. in den fünf Tagen seien beide gesperrt. Neben der großräumigen Umleitung ist eine kleinräumige Ausweichroute geplant, bei der der Ersatzverkehr von der Dolmanstraße kommend rechts in den Vüfels hineinfahre und von dort über den Niedenhof nach in den Auen und weiter auf die L136 geführt werde. Mit der Wupsi gebe es eine Sonderregelung, dass diese von der Dolmanstraße aus in den Siebenmorgen und über die Wingertsheide und das Wickenpfädchen fahre und dann parallel zur Trasse wieder auf die Vüfeler Kaule abbiege.

Herr Dr. Ufer sagt, dass die ganzen Baustellen und die damit verbundenen Einschränkungen ärgerlich seien. Es sei allerdings noch ärgerlicher, wenn die gesamte Infrastruktur zerfallen würde. Daher könne man froh sein, dass sich die KVB darum kümmere und diese ganzen Arbeiten durchgeführt werden. Er habe eine Frage zu dem Schienenersatzverkehr. In der Phase 3 sollen die Züge zwischen Heumarkt und Deutz/ Messe getrennt werden und ein Ersatzverkehr soll zwischen Bensberg und Neumarkt fahren. Dies möchte er noch einmal näher erläutern. Des Weiteren werde der Bahnübergang in der Vüfeler Kaule in Refrath erneuert und dort sei zurzeit die Querungssituation gefährlich. Da die Stadt Bergisch Gladbach gesagt habe, dass die Querung angegangen werde, sobald die KVB ihre Arbeiten erledigt habe und dies nun der Fall sei, wolle er wissen, wie hier der aktuelle Sachstand sei.

Herr Dag sagt, dass sein Kollege Herr Anemüller im Anschluss zum Schienenersatzverkehr Auskunft geben werde. Bei dem Unfallschwerpunkt an der Vüfeler Kaule gab es Abstimmungen mit der Stadt Bergisch Gladbach, ob Änderungen hätten einfließen können. Da dies aber im Projekt Ost/West Achse mit eingegliedert sei, war dies leider an dieser Stelle nicht möglich. Zudem müsse man sagen, dass die infrastrukturellen Erneuerungen lange im Voraus geplant wurden. Für Weichen gebe es gerade 18 - 24 Monate Lieferzeit. Daher müssten diese lange im Voraus geplant werden und so sei es auch mit dem gesamten anderen Material. Sollte es Abweichungen der Trassenführung von mehr als 4 cm nach links oder rechts geben, bedinge dies eine gesonderte Abnahme und eine solche Abnahme dauere 4 – 8 Monate.

Herr Anemüller sagt, dass man sich zurzeit auf der Deutzer Brücke an dem Bahnhof Deutz/Messe in der Phase 1 befinde. Dort gebe es den Ersatzbus 101, der zwischen dem Neumarkt und der Kölner Messe fahre. Hierfür bräuhete man 12-15 Minuten je Richtung und dies seien 2,7 km. Dies sei das einfache Prinzip. Dann komme die Phase 2. Hier komme es zu Sperrungen zwischen Heumarkt und Deutz/Messe, wie auch zwischen Merheim und Bensberg. Hier käme der Ersatzbus zwei Mal zum Einsatz. Ein Ersatzbus, der den Rhein quert wie die Linie 1 mit den gleichen Fahrtzeiten und ein anderer Ersatzbus, der zwischen Merheim und Bensberg fahre. Hierfür bräuhete man 30 Minuten je Richtung und dies seien 12 bzw. 11,6 km. Die Zeiten, die er nenne, seien ausprobierte Zeiten, Kollegen würden vorher diese Strecken abfahren. Es könnte jedoch zu Hauptverkehrszeiten zu längeren Fahrzeiten kommen. In der Phase 3 ersetze der Ersatzbus 101 die Linie 1 und führe von Bensberg direkt bis zum Neumarkt. Eine Fahrt dauere 55 bis 60 Minuten und sei 18,2 km bzw. 18,7 km lang. Dies seien Einschränkungen für wenige Wochen und im Gegenzug hätte man eine Betriebsstabilität und Sicherheit für 15-20 Jahre. Zusätzlich werde die Anlage Bensberg saniert, während hier kein Bahnverkehr stattfindet. Die Empfehlung der KVB sei, wenn man nicht mit dem Auto nach Köln hineinfahren möchte, solle man nach Thienenbruch oder

Schlebusch fahren und dort in die Linie 3 bzw. 4 umsteigen. So käme man störungsfrei in die Kölner Innenstadt. Es sei sicherlich eine Umstellung aber eine Alternative, wenn man den Ersatzbus nicht benutzen möchte. Die Haltestelle Brück sei keine Alternative. Das seien die Ersatzangebote für die nächsten Wochen. Zum Thema Bahnsteigausbau habe der Kollege bereits gesagt, dass dieser noch dauern werde. Deswegen sei man in Brück dabei, die Infrastruktur zu erneuern. Es sei hierbei auf den Baumbestand zu achten und auf eine dort befindliche technische Einrichtung, die integriert werden müsse. Des Weiteren seien dort Entwässerungsanlagen und es sollte sinnvoll damit umgegangen werden. Dies bedeute, das Wasser versickern zu lassen und nicht abzuführen. Die Bürger könnten ihn direkt ansprechen. Weil die Gesamtdarstellung für die Bürger verwirrend sei, stelle die KVB, Informationen zur Phase 1 und eine Gesamtübersicht sowie rechtzeitig vor Phase 2 die nächsten Informationen zur Verfügung. Er habe Flyer mitgebracht, in den Details zu betrieblichen Dingen erläutert werden, wie auch auf der Internetseite, wo alle Fahrpläne nachzulesen seien.

Herr Dr. Schillings sagt, dass es Überlegungen gegeben haben, die Taktung des SB 400, der von Bensberg zum Hbf. Köln fahre, zu erhöhen. Er wolle wissen, ob es hierzu Gespräche gegeben habe.

Herr Anemüller antwortet, dass er hier nicht im Detail informiert sei.

Herr Dag sagt, dass es Gespräche mit der Wupsi und der KVB gegeben habe. Die KVB könne nur darauf hinweisen, sie liefern einen Schienenersatzverkehr, da sie im Dienstleistungsauftrag der Stadt Köln handeln und wie dann die RVK die Taktung erhöhe, könne man nicht beeinflussen.

Herr Renneberg sagt, dass er mitgenommen habe, dass die Bahnsteigverlängerungen erst einmal hiermit nichts zu tun haben. Da diese noch gemacht werden müssten, würde es zu erneuten Sperrungen kommen. Er wolle wissen, wann dies passieren werde und wie dies aussehe.

Herr Dag antwortet, dass es immer auf die Haltestellen ankäme. Es gebe Haltestellen, wo die Infrastruktur so gestaltet sei, dass man sozusagen „ankleben“ könne, dann würde dies funktionieren. Beispielsweise an der Haltestelle Refrath würde dies aufgrund der Neugestaltung des Bahnübergangs, der Zuglänge und des nächsten Bahnübergangs jedoch nicht funktionieren. Daher käme man nicht um weitere Sperrungen herum. Entweder der ganzen Linie oder einer einzelnen Haltestelle. Dies sei die Phase 1-5 und hierzu könne man noch keine zeitliche Planung geben. Sobald die Phase 5 abgeschlossen sei, werde man versuchen, dies in die Umsetzung zu bringen. Für sämtliche Bahnsteige gebe es Förderprogramme und diese würden begutachtet werden. Die Stadt Köln hätte die Bahnsteige 1:1 erneuern können, aber wenn es zu einer Verlängerung käme, sei dies förderungsschädlich. Aus diesem Grund wurde jetzt darauf verzichtet.

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass die Verlängerung der Bahnsteige an Genehmigungen gebunden sei. Auch wenn dies von der Behörde abhängе, wolle er doch zumindest wissen, wie lange dies daure. Beispielsweis an der Vülfelser Kaule gebe es zurzeit ein Provisorium.

Herr Dag sagt, dass die KVB den Bahnübergang, der betriebsbedingt eingebracht werden müsse, eingebracht habe und wann das Projekt der Ost/West Achse komme, hänge auch von der Entscheidung der Stadt Köln ab, da irgendjemand das ganze finanzieren müsse. Im östlichen Teil sei es nur eine Verlängerung der Bahnsteige, im westlichen Teil seien es massive Eingriffe in die bestehende Infrastruktur. Dies sei eine Milliarden- Investition. Und solange von der Stadt keine Entscheidung über die Finanzierbarkeit getroffen werde, werde es dort keinen Fortschritt geben.

Herr Dr. Bacmeister fragt, ob es möglich sei, dass man den Bereich ab Merheim trenne und erst einmal im Osten die Dinge zu Ende bringe. Man könne doch erst die Fördergelder verbauen, bevor der Förderzeitraum wieder ablaufe oder ob auch eine Abtrennung des Ostzweiges möglich wäre.

Herr Dag verneint dies, da es keinen Sinn mache, den östlichen Teil vorzubereiten, wenn am Ende eventuell das gesamte Projekt viel später umgesetzt werde. Die KVB versuche alle Fördergelder weitestgehend zu nutzen, um die Infrastruktur in Stand zu bringen. Der angesprochene Fördertopf sei nur für Erneuerungsinvestitionen. Die Abweichungen seien dort nicht enthalten.

Frau Skribbe sagt, dass die Bahnsteigverlängerungen nötig seien. Sie sehe das Vorgehen als ein Zeichen dafür, wie wenig die Koordination funktioniere. Beispielsweise wurden vor etwa 5 Jahren an der Dariusstraße Wildblüten auf einer Fläche gesät, welche nun nicht mehr da sein. Daher möchte sie von der KVB wissen, wie die gesamte Koordination ablaufe.

Herr Dag erwidert, dass die Wildblüten ohne Genehmigung gesät wurden. Der Schotter, der dort entfernt werde, werde jedes Mal in ein geotechnisches Labor zur Schadstoffuntersuchung geschickt. Mit dem Analysebericht könne der Schotter entsorgt werden. Sobald andere Teile, wie Wildblüten, enthalten seien, nehme das Schotterrecyclingwerk diesen nicht an. Daher müsse viel Geld investiert werden, um die Gleisbette reinigen zu lassen.

Frau Skribbe sagt, dass es eine Aktion von der KVB gewesen sei und nicht von den Anwohnenden.

Herr Dag erwidert, dass er wisse, dass an der Dariusstraße mit der Freigabe der KVB, zusammen mit den Anwohnenden Büsche gepflanzt wurden, welche wieder zurückgeschnitten werden mussten.

Herr Dr. Bacmeister schlägt vor, dass man aufgrund der zu erwartenden Umstände mit der gegebenen Situation leben sollte, aber natürlich die Gefahrenstelle an der Vüfelser Kaule beseitige müsse.

Herr Dag sagt, dass der jetzige Zustand keine Lösung sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. Bebauungsplan Nr. 2350 – Schule am Lerbacher Weg –

-Beschluss zur Fortführung des Verfahrens

0332/2026

Präsentation durch Herrn Füg vom Büro Fischer Teamplan.

Herr Henkel möchte wissen, ob die betroffenen Grundstücke, Eigentum der Stadt Bergisch Gladbach seien.

Frau Krause bejaht dies.

Herr Dr. Ufer sagt, dass die Fraktion von BÜNDNIS 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimme. Seine Fraktion fände die Variante 1 aus verkehrlicher Sicht sicherer. Er möchte von der Verwaltung wissen, wo der Eingang der Schule geplant sei, da dies für die Erschließung nicht ganz unwichtig sei.

Herr Füg antwortet, dass dies noch nicht final feststehe, wahrscheinlich aber auf der östlichen Seite.

Herr Renneberg möchte wissen, ob man einfach ein Ortsschild versetzen könne.

Frau Krause antwortet, dass dies davon abhängen, wo das Ortsschild hingestellt werde.

Herr Dr. Schillings fragt, ob, wenn der Eingang auf der Oberheidkamper Straße sei, es dann nicht besser sei, dort auch die Bushaltestelle zu planen.

Herr Füg sagt, dass verschiedene Varianten an der Oberheidkamper Straße geprüft wurden. Eine Bushaltestelle gebe die Straßenführung nicht her. Eine Bushaltestelle am Lerbacher Weg wäre auch eine Option gewesen. Bei dem jetzigen Standort seien die Laufwege kurz.

Herr Cremer sagt, dass die AfD-Fraktion der Variante 2 zustimmen werde, da diese kostengünstiger sei und geringere Eingriffe in die Natur bedeute. Er sei überrascht, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen die Variante 1 bevorzuge.

Herr Schade weist daraufhin, dass im AMV nur eine Vorberatung stattfinden soll und der Beschluss im SPLA gefasst werde. Eine explizite Empfehlung durch den Ausschuss wurde nicht gegeben.

9. Offene Beschlüsse **0328/2026**

Herr Dr. Ufer hat eine Nachfrage zur Kreuzung an der Schlebuscher Straße in Schildgen, die neugestaltet werden soll. Er möchte wissen, wie hier der aktuelle Sachstand sei. Zudem habe es dort am 22. Mai 2026 einen Unfall mit Personenschaden gegeben.

Frau Krause antwortet, dass die Verwaltung in der Planung bezüglich der Kreuzung sei, und von dem Unfall habe sie keine Kenntnis. Wenn dort einer gewesen sei, wird er in der Unfallkommission behandelt.

Herr Henkel bittet in diesem Zusammenhang darum, dass die städtischen Sträucher und Büsche zurückgeschnitten werden, um zukünftige Unfälle zu vermeiden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10. S-Bahnausbau **0319/2026**

Herr Schmitz sagt, dass es diesmal nichts wesentlich Neues gebe, was sich wahrscheinlich im September ändern werde. Neu sei, dass man sich nun im 1. Schritt auch mit dem Bahnhofsumfeld befasse. Dazu wurden bereits Gespräche mit der Deutschen Bahn und go.Rheinland geführt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

11. Maßnahmenprogramm Mobilität und Verkehr 2026 - 2030 **0342/2026**

Herr Dr. Schillings möchte wissen, warum der Rheinhöhenweg und die Sander Straße in dem Zeitplan nach hinten gesetzt wurden. Des Weiteren vermisste seine Fraktion die eher kritischen Straßen. Daher bittet er darum, dass ein Kriterienkatalog erstellt werde, um die Auswahl, welche

Straßen in welcher Reihenfolge instandgesetzt werden sollen, etwas nachvollziehbarer und transparenter zu machen. Es ständen weniger Mittel zur Verfügung und daher müssten auch andere Prioritäten gesetzt werden. Des Weiteren fehle ihm, dass die Bedeutung der Verkehrsbelastung berücksichtigt werde und er bittet, dies zu ergänzen. Dies könne durch eine Art Punktesystem erfolgen. Die CDU-Fraktion werde mit einem Vorschlag für den Kriterienkatalog an die anderen Fraktionen und die Verwaltung herantreten.

Herr Schade sagt, dass in der Vorlage auf Seite 3 die Standards bei der Bearbeitung von Straßenplanung im bebauten Siedlungszusammenhang festgelegt seien. Bei den dort aufgeführten neun Standards fehle ihm die Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs.

Herr Maus hat eine Frage zur Klimarelevanz. Er möchte wissen, ob die Maßnahmen klimagerecht seien. Wenn recyceltes Material verwendet werde, wolle er wissen, wie lange dieser recycelte Belag halte.

Herr Dr. Ufer sagt, dass er die Punktevergabe nachvollziehen könne, da auch ihm die Begründungen fehlen würden, warum eine Maßnahme priorisiert werde. Daher wäre es gut, wenn es eine bessere Transparenz geben würde, welche aber nicht zu kompliziert sein sollte, da es wichtig sei, dass die Maßnahmen vorangetrieben werden. Deswegen werde die Fraktion von BÜNDNIS 90/Die Grünen grundsätzlich dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er vermisse jedoch die Alte Wipperfürther Straße, da gehe es um den Abschnitt zwischen der Peter-Landwehr-Straße und der Paffrather Straße bei dem Autohaus Gieraths, wo es einen Beschluss gebe, dass der Radweg dort ausgebaut werden sollte. Des Weiteren möchte er wissen, wann die Sanierung der Straßendecke der Golfplatzstraße neben dem alten Bahndamm geplant sei. Auch würde es seine Fraktion begrüßen, wenn die Paffrather Straße zwischen dem Rathaus und dem Kreisverkehr Reuterstraße, welche erst für 2028 vorgesehen sei, früher in Angriff genommen werden könnte, da dies eine sehr zentrale Straße sei. Im Vergleich dazu sei die Schmidt-Blegge-Straße bereits für 2027 geplant.

Herr Henkel bemerkt, dass untergeordnete Straßen bereits im Maßnahmenkatalog aufgeführt seien und dagegen die Hauptverkehrsstraßen, welche eine hohe Priorität hätten, erst später auftauchten. Es gebe sicherlich Gründe für diese Entscheidungen, aber an der vorhandenen Liste könnte dies nicht nachvollzogen werden. Die CDU-Fraktion werde den Beschluss mittragen, bittet aber die Verwaltung darum, dass im Nachgang in einer der nächsten Sitzungen für mehr Transparenz gesorgt werde.

Herr Cremer sagt, dass die AfD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, da alle Straßen in einem schlechten Zustand seien und nicht nur Radwege saniert werden sollten.

Herr Laschet sagt, dass er sich den Ausführungen von Herrn Henkel in weiten Teilen anschließen könne. Auch seiner Fraktion fehle die Nachvollziehbarkeit der Priorisierungen der Maßnahmen. Es wäre erwartet worden, dass ein Großteil der Maßnahmen, die die meisten Bürger betreffe, umgesetzt werde. Dies seien die Verkehrsachsen, welche alle komplett saniert werden müssten. Zumindest sollten die Maßnahmen, die bereits beschlossen wurden, zeitig umgesetzt werden. Beispielsweise die Paffrather Straße, welche erst für 2028 vorgesehen sei. Die Maßnahmen, die in der Liste enthalten seien, sollten auch so beibehalten werden, aber es sollte eine Erweiterung geben. Des Weiteren könne nicht erkannt werden, wo die 5 Millionen Euro für die jährliche Deckensanierung ab 2027 untergebracht wurden. In diesem Zusammenhang sollte überlegt werden, ob überall ein Vollausbau nötig sei.

Herr Dr. Schillings sagt, dass deutlich herausgekommen sei, dass mehr Transparenz gewünscht werde, damit nachvollziehbar sei, in welcher Reihenfolge welche Straßen gebaut und instandgesetzt werden. Daher solle mit den Fachleuten aus der Verwaltung überlegt werden, wie dies ohne viel Mehraufwand möglich sei.

Herr Maus fordert den Ausschuss auf, sich erneut mit dem Klimathema zu befassen. Er bietet eine Studie von der CDU-Fraktion an, woraus hervorgehe, dass Tempo 30 nicht klimafreundlich sei. Da in diesen Bereichen nicht effizient gefahren werde, da man länger unterwegs sei und daher auch der CO₂-Fußabdruck höher sei.

Herr Migenda sagt, dass er es gut finde, dass mehr Transparenz gewünscht sei. Die Verwaltung werde sich hierzu Gedanken machen. Die Argumente, die genannt wurden, seien richtig, jedoch müssten die verschiedensten Interessen berücksichtigt werden. Er nehme diese Anregungen für die nächsten Planungen mit. Es sei jedoch auch zu berücksichtigen, dass in den letzten Jahren kontinuierlich immer mehr Straßen saniert wurden. Das Jahresbudget von zehn Millionen Euro sei 2025 ausgeschöpft worden, ebenso wie ein Übertrag vom Vorjahr.

Frau Krause bestätigt, dass das Thema unglaublich komplex sei und es die verschiedensten Gründe dafür gebe, warum etwas verschoben werde. Es werde intensiv geschaut, besonders auch im Hinblick auf den S-Bahn Ausbau. Des Weiteren gehe es darum, welche großen Baumaßnahme man habe und wie viele davon parallel bearbeitet werden können, ohne dass es zu einem Verkehrschaos komme. Manchmal müsse etwas verschoben werden, obwohl man wisse, dass diese Straße in keinem guten Zustand sei.

Herr Hardt sagt, dass die vorliegende Liste rund 100 Maßnahmen enthalte und wenn jetzt noch mehr Maßnahmen hinzukämen, dann werde es noch unübersichtlicher. Die Verwaltung werde versuchen, dies transparent darzustellen. Darüber hinaus gebe es ein Sonderprogramm mit aktuell 52 Maßnahmen, die nach den verschiedensten Kriterien untersucht werden. Da gehe es unter anderem darum, wo eine reine Deckensanierung ausreiche oder ein Vollausbau nötig sei. Dieses Deckenbauprogramm werde für die nächste Sitzung aufbereitet und dargestellt. Darüber hinaus möchte er ein Beispiel anbringen, wo die Verwaltung pragmatisch gehandelt habe. Bei der Dombach-Sander-Straße konnten durch technisch gute Voraussetzungen ca. 200.000 Euro eingespart werden, welche dann für den Asselborner Weg verwendet wurden.

Herr Niemann sagt, dass die Verwaltung gesagt habe, dass in den letzten 5 Jahren viele Straßen saniert wurden.

Frau Krause antwortet auf die zuvor von Herrn Dr. Ufer genannten Fragen, dass die Alte Wipperfürther Straße im Rahmen des Projekts "Rad macht Schule" geprüft werde und es schwer sei, die Paffrather Straße, welche jetzt für 2028 vorgesehen sei, vorzuziehen.

Herr Maus sagt, dass es einen Sonderworkshop von der Verwaltung gegeben habe. Dazu möchte er kritisch bemerken, dass es einen hohen Anteil an alten Straßen gebe. Er habe daraufhin die Fachleute gefragt, ob und wie die Probleme steigen würden und die Antwort sei, gewesen, dass diese progressiv steigen.

Herr Dr. Ufer fragt die Verwaltung, ob bei der Golfplatzstraße, welche parallel zum Bahndamm verlaufe, eine Sanierung der Straßendecke geplant sei.

Frau Krause antwortet, dass die Sanierung für übernächstes Jahr vorgesehen sei.

Frau Häusling stellt den Antrag auf Schließung der Rednerliste und möchte eine Abstimmung.

Herr Dr. Schillings sagt, dass er nicht weiter darüber diskutieren möchte, welche Straßen mit aufgenommen werden und welche nicht. Daher weist er noch einmal darauf hin, dass ein Kriterienkatalog für die bessere Transparenz gewünscht sei.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich beschlossen, entgegen der Stimme der AfD-Fraktion)

Der AMV beschließt, ergänzend zum Beschluss vom 05.05.2026, das Maßnahmenprogramm von Mobilität und Verkehrsflächen für die Jahre 2026 bis 2030.

12. Schmidt-Blegge-Straße Vorplanung **0820/2025**

Frau Häusling sagt, dass zwei Varianten vorgestellt werden. In der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante 2 sei ihr aufgefallen, dass auf der Abbildung auf der Schmidt-Blegge-Straße eine 30iger Zone nicht aber eine Halteverbotszone eingezeichnet sei. Dies vermisse sie in der Auflistung zur Variante 2. Sie wolle wissen, ob dies bedacht oder nur vergessen wurde. Ergänzend dazu, wäre es hilfreich, wenn Kurzzeitparkplätze eingerichtet werden könnten.

Frau Krause antwortet, dass auch bei der Variante 2 markierte Parkbereiche und ein Zonenhalteverbot vorgesehen seien, damit dies für alle Verkehrsteilnehmer übersichtlicher und sicherer sei.

Herr Hardt sagt, dass aus dem Arbeitskreis insgesamt vier Anregungen gekommen seien, welche er in die Verkehrsbesprechung mitnehmen werde, damit geprüft werden könne, ob diese nicht schon vorab gemacht werden können, dazu gehörten auch die beiden Straßen Kolpingstraße und Von-Bodelschwingh-Straße, wo durchgehend geparkt werde und es keine Ausweichmöglichkeiten gebe. Des Weiteren gab es noch Anregungen zur KiTa im unteren Bereich, ob dort Zonen für Elterntaxis eingerichtet werden könnten, und der Einmündungsbereich der Schmidt-Blegge-Straße.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig angenommen)

Der Ausschuss beschließt, die Variante 2 als Grundlage für die weitere Planung und Umsetzung der Sanierung der Schmidt-Blegge-Straße heranzuziehen.

13. Sachstand weiteres Vorgehen Fahrradstraßen **0363/2026**

Herr Migenda sagt, dass der Sachstand in der aktuellen Vorlage umfassend dargestellt wurde.

Herr Niemann möchte wissen, ob eine Aussage über die Höhe der Kosten, welche auf die Kommune zukommen, getroffen werden könne.

Herr Laschet sagt, dass in den letzten Monaten und Jahren ausführlich über Fahrradstraßen und Fahrradrouten diskutiert wurde. Die Fraktion Volt / FWG sehe die Fahrradstraßen, welche beschlossen wurden, als eine von mehreren denkbaren Führungsformen für Radrouten an, welche

allerdings nicht unbedingt häufig die Vorteilhafteste sei. Der Mehrwert von Fahrradstraßen bestehe vor allem darin, dass diese von einer hohen Anzahl von Fahrradfahrern genutzt werden. Aus dem Urteil gehe hervor, dass dies bei vielen Straßen, die als Fahrradstraßen ausgebaut werden sollen, nicht gegeben sei. Fahrradrouten sollten im Wesentlichen so ausgebaut werden, dass in möglichst kurzer Zeit eine möglichst große Verbesserung für die Verkehrsführung und Verkehrssicherheit, insbesondere für Fahrradfahrer, aber auch allen anderen Verkehrsteilnehmern gegeben sei. Bei 80 % der Straßen finde eine geringe Nutzung durch Radfahrende statt. Hier sei der Zweck der Fahrradstraßen fraglich. Dahin ging auch im Wesentlichen die Kritik der Anwohnenden. Daher sollte darüber nachgedacht werden, ob an den Fahrradstraßen als bevorzugte Variante, festgehalten werden sollte oder ob davon abgewichen und die Straßen lediglich verkehrssicher und fahrradfreundlich ausgebaut werden.

Herr Dr. Schillings sagt, dass die Vorgehensweise der Politik eventuell zu heftig gewesen sei. Er stimme dem Vorschlag von Herrn Laschet zu. Das Fahrradkonzept könne auf diese Art und Weise nicht gegen die Zustimmung der Anwohnenden und der Autofahrer durchgesetzt werden. Dies sei kein Vorgehen, das zu einem Miteinander auf den Straßen führe. Daher halte er es für erforderlich, dass zügig das umgesetzt werde, was das Verwaltungsgericht gefordert habe. Da die Klage aufrecht erhalten bleibe, könne man dies nicht mit einer Nachbesserung gerichtssicher machen. Es sollte sich grundsätzlich Gedanken darüber gemacht werden, wie das Routennetz so gestaltet werden könne, dass es bei den Anwohnenden auf keine Ablehnung stoße. Daher schlage seine Fraktion vor, erst einmal nicht weiter zu drängen und zu schauen, wo mit einfachen Ausweisungen wie Schildern gearbeitet werden könne. Es solle noch einmal überlegt werden, welche Möglichkeiten es gebe, den Radverkehr so zu ermöglichen, dass dies nicht zu Lasten der anderen Verkehrsteilnehmer gehe.

Herr Ebert sagt, dass die Ermöglichung der Mobilität das Ziel sein sollte, zumal man am Ende der Kapazitäten des Straßennetzes angelangt sei. Wenn die Bürger freiwillig aufs Fahrrad steigen, dann sei dies auch für den KFZ-Verkehr gut und man sollte dies den Bürgern so leicht wie möglich machen. Es werde nicht mehr Straßen in Bergisch Gladbach geben.

Herr Dr. Ufer sagt, dass seine Fraktion viel von dem, was gesagt wurde, zustimme. Das Gerichtsurteil war eine Klatsche und sei schlecht für alle. Es müsse nicht krampfhaft an Fahrradstraßen festgehalten werden, aber es sollte auch nicht dahin gehen, dass keine gebaut werden. Daher müsse dies nach den Gegebenheiten vor Ort entschieden werden. Die optische Gestaltung sei dabei ein wichtiger Aspekt. Es sollten nicht zu viele Schilder sein und die Markierungen auf der Fahrbahn selbst könnten auch optimiert werden. Ansonsten wäre es für Anwohnende befremdlich und löse Widerstände aus. Daher sollte je nach Situation eine passende Lösung gefunden werden. Er gebe auch zu bedenken, dass die Routen nicht aus einer Laune heraus entstanden seien. Es wurden viele wichtige Punkte in der Stadt betrachtet und Schulwegsicherheit sei ein Thema, aber auch die Interessen der Anwohnenden müssten berücksichtigt werden.

Herr Dr. Schillings sagt, dass man sich einen Aspekt noch einmal deutlicher vor Augen führen sollte. Die Mobilität habe insgesamt zugenommen. Der ModalSplit verlagere sich und es gebe mehr Verkehr und Autos. Daher sollten auch die Hauptverkehrsadern so instandgesetzt werden, dass der Verkehr besser fließen könne. Beispielsweise würden die Schüler und Schülerinnen lieber parallel zum Hasenweg durch den Wald zur Schule fahren. Daher sollte man noch einmal mehr darüber nachdenken, wie der durchaus angemessene Sicherheitsgedanke durch eine bessere Routenführung umgesetzt werden könne, um auf der Straße in keine Wettbewerbssituation hineinzukommen.

Herr Ebert sagt, dass er ergänzen möchte, dass ihm, als er die letzte Verkehrsanalyse gelesen habe, aufgefallen sei, dass beispielsweise die morgendliche und die nachmittägliche Berufsverkehrswelle markante Unterschiede aufweisen. Die morgendliche Welle, sei die, die Sorgen bereite und darin auch eine einzelne Verkehrsart, und zwar der Hol- und Bringverkehr zu den Schulen, welchen man gut ersetzen könnte. Es mache einen Unterschied, um welche Sorte von Verkehr es sich handle. Wenn man es schaffe, gezielt Politik zu betreiben, so dass Verschiebungen im Verhalten möglich gemacht werden, dann sei man auf dem richtigen Weg auf den vorhandenen Straßen mehr Mobilität möglich zu machen.

Herr Reiländer könne dem nur zustimmen. Dabei gehe es insbesondere um Schulstandorte und Standorte an Kindergärten. Diese sollten bedarfsnah liegen, so dass diese Verkehre gar nicht erst entstehen.

Herr Dr. Schillings sagt, dass es nicht die Aufgabe sei, andere Verkehrsteilnehmer zu erziehen und ihnen zu sagen, welche Verkehrsmittel sie nehmen sollen. Seine Wahrnehmung sei eine andere, denn er nehme viel mehr Berufspendler wahr. In Herkenrath sei dies zu einer immensen Belastung geworden.

Frau Skribbe sagt, dass es nicht um Erziehung von Verkehrsteilnehmern gehe, sondern um die Möglichkeit zu wählen. Wenn Radwege vorhanden seien, dann habe man zumindest die Wahl, Fahrrad zu fahren. Dies würde auch den Bürgern helfen, die ansonsten das Rad, weil sie unsicher seien, nicht nehmen würden.

Herr Kunze fügt an, dass es eine schöne Idee sei, dass die Grundschulkinder ermutigt werden sollen, mit dem Fahrrad zu fahren. Dies funktioniere in der Realität aber so nicht. Es werde sogar von der Polizei empfohlen, Grundschulkinder aus Sicherheitsgründen nicht allein mit dem Rad zur Schule fahren zu lassen, da sie kognitiv nicht in der Lage seien, den Verkehr zu beurteilen. Er sei aber auch dafür, dass dafür Sorge getragen werden müsste, dass das Fahrradfahren attraktiver gemacht werden sollte. Die Kinder, die in der 4. und 5. Klasse seien, würden das Fahrrad eigenständig benutzen. In den Grundschulen werden die Kinder in der Regel von den Eltern auf dem Weg zur Arbeit zur Schule gebracht, daher sollte eher darüber nachgedacht werden, wie das Haltekonzept, wenn Eltern die Kinder zur Schule bringen, sinnvoller gestaltet werden könne, damit es zu keinem Rückstau komme. Des Weiteren sollte eine Situation für alle Verkehrsteilnehmer geschaffen werden, jedes Verkehrsmittel nach Bedarf nutzen zu können. Auch, wenn es so nicht gemeint war, finde er, dass der erzieherische Weg der Falsche sei.

Herr Ebert betont, dass das Wort Erziehung ein Missverständnis war. Es sei gemeint gewesen, dass mit einer bestimmten Maßnahme auf eine bestimmte Verkehrsart gezielt werden solle und somit Maßnahmen, die funktionieren. Er stimme Herrn Kunze zum Thema Schulverkehr zu, insbesondere was die Grundschulkinder betreffe. Des Weiteren fügt er an, dass die Tatsache, dass die Schulanfangszeiten auch in den Berufsverkehr fallen und viele Kinder auf dem Weg zur Arbeit zur Schule gebracht werden, Staus verursachen würden. Um eine Wirkung zu erzielen, wäre eine Änderung der Schulanfangszeiten ein geeignetes Mittel.

Herr Migenda bedankt sich für die Diskussionen. Es seien viele gute Punkte genannt worden, die beim weiteren Vorgehen helfen. Die Verwaltung sei nach bestem Wissen vorgegangen. Durch das Gericht sei man eines Besseren belehrt worden. Das beherrschende Thema sei der Verkehr und das Auto, welches eine große Rolle in der Stadt Bergisch Gladbach spiele. Es gehe nicht darum, ein Verkehrsmittel besser oder schlechter zu stellen. Mit Blick auf das Fahrrad sei dies die erste

Fahrradstraße in Bergisch Gladbach gewesen, die zumindest kurzzeitig vorhanden war. Des Weiteren gehe es nicht darum, dass das Auto verdrängt werde, sondern es sollte eine gewisse Gleichheit des Angebots geschaffen werden. Vor 20 Jahren sei das Fahrradaufkommen deutlich weniger gewesen. Das habe sich nun geändert, da die E-Bikes hinzugekommen und vermehrt als Beförderungsmittel an Bedeutung gewonnen haben. Es sollte geschaut werden, wo Fahrradstraßen das angemessene Mittel seien. Wie man an der Stadt Köln sehen könne, gebe es sicherlich auch andere Lösungen. Daher werde sicherlich in Zukunft das Ziel sein, das, was geplant werde, rechtlich besser zu prüfen. Es werde aber auch immer jemanden geben, der Klage einreiche. Er bedankt sich noch einmal für den Input. Die Verwaltung werde, wie vom Gesetzgeber gefordert, dies aufarbeiten. Die Beschilderungen seien jedoch nichts, was von der Verwaltung gekommen sei, sondern dies sei vom Gesetzgeber so vorgeschrieben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

14. Barrierefreie Bushaltestellen - Vergabe Haltestellenpakete Kategorie C und D
0369/2026

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass er begrüße, dass dies jetzt endlich gemacht werde. Es sollte noch der Aspekt berücksichtigt werden, dass Fahrräder sicher an den Haltestellen abgestellt werden können.

Herr Henkel sagt, dass er darum bittet, dass, wenn dies beschlossen werde, die Verwaltung am Ende des Jahres oder Anfang des nächsten Jahres den aktuellen Stand mitteilen solle.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig angenommen)

Der Ausschuss beschließt die Übergabe der Bushaltestellen der Kategorien C und D an die IPGL. Die IPGL übernimmt die Planung und Umsetzung des barrierefreien Ausbaus der Haltestellen – inklusive der Vermessungsleistungen, der Förderanmeldung für das Förderjahr 2027 und der baulichen Ausführung – in enger Abstimmung mit der Stadt Bergisch Gladbach. Bei den Haltestellen, die auch Mobilstation werden sollen, werden gleichzeitig die dafür erforderlichen Infrastrukturen mitgeplant.

15. Östliche Innenstadt - Odenthaler Straße / Hauptstraße
0320/2026

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass im Mobik 2016 beschlossen wurde, dass links der Strunde ein Fuß- und Radweg gebaut werden sollte. Er würde es begrüßen, wenn die Verwaltung dieses Vorhaben umsetze. Dort gebe es eine Seniorenstätte und an dieser Engstelle müssten diese mit dem Rolator vorbei.

Herr Migenda wird dies noch einmal mitnehmen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

16. Querungen Hermann-Löns-Straße
0321/2026

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

17. Schulstraße KGS In der Auen
0327/2026

Herr Dr. Ufer bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Dokumentation und sehr gute Durchführung. Die Schulstraßen seien ein sehr gutes Konzept. Es verbessere sehr gezielt die Schulwegsicherheit für Kinder, da es zeitlich und räumlich begrenzt sei, unmittelbar vor den Schulen und vor Schulbeginn. Dadurch sei für die Kinder auch die Atmosphäre besser. Sie sei entspannter und sie könnten sich vor der Schule mit Ihren Mitschülern austauschen und so besser in den Unterricht starten. Trotzdem stelle er fest, dass es sehr lange gedauert habe, und an vielen Schulen gebe es weiterhin den Bedarf die Verkehrssicherheit zu verbessern. Die Erfahrungen, die die Verwaltung bei der erstmaligen Einführung der Schulstraße gesammelt habe, könnten für die weiteren noch umzusetzenden Schulstraßen genutzt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

18. Ferdinand-Stucker-Straße
0355/2026

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

19. Verkehrssituation an der Einmündung Schmidt-Blegge-Straße/ Dellbrücker Straße
0347/2026

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

20. Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach an die Bezirksregierung Köln zum Genehmigungsverfahren nach § 9 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für das Vorhaben der Kölner Verkehrs-Betriebe AG

„Neubau Bahnstromunterwerk UW 65 in Refrath“
0386/2026

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig angenommen)

Der Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen beschließt die Stellungnahme der Verwaltung an die Bezirksregierung Köln zum Genehmigungsverfahren nach § 9 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für das Vorhaben der Kölner Verkehrs-Betriebe AG „Neubau Bahnstromunterwerk UW 65 in Refrath“.

21. Verkehrssituation Vürfels in Refrath
0401/2026

Herr Wagner sagt, dass der Vüfels nach wie vor als eine der meistbelasteten Straßen gelte. Besonders da er in den Navigationssystemen immer noch als kürzester Weg von der Autobahn über die Dolmanstraße Richtung Bergisch Gladbach verzeichnet sei. Man müsse nach Mitteln und Wegen suchen, den Verkehr zu beschränken. Die Straße sei zudem mehr und mehr durch den Anwohnerverkehr belastet. Des Weiteren sei es ein sehr wichtiger Schulweg für die Kinder. Die Bürgersteige seien hoch und teilweise schmal. Es komme immer wieder dazu, dass Kinder durch die Autos auf die Straße laufen. Man solle noch einmal darüber nachdenken, wie diese Straße aus den Routenführungen herausgenommen werden könne. In der Vorlage wurde dargestellt, dass die Geschwindigkeitsüberschreitungen nicht sehr hoch seien. Dies nehmen die Anwohnenden anders wahr. Daher solle hier noch einmal überlegt werden, ob eine Kontrolle durch die Verwaltung stattfinden könne.

Frau Skribbe schlägt vor, diese Straße zur Fahrradstraße umzuwandeln.

Herr Wagner sagt, dass damit das Problem nicht gelöst werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

22. Änderung Zuständigkeitsordnung bzgl. § 125 BauGB
0310/2026

Zu dem Tagesordnungspunkt wurde vom AMV keine Aussprache gewünscht.

23. BauGB III. Nachtragssatzung
0311/2026

Zu dem Tagesordnungspunkt wurde vom AMV keine Aussprache gewünscht.

24. KAG IV. Nachtragssatzung
0312/2026

Zu dem Tagesordnungspunkt wurde vom AMV keine Aussprache gewünscht.

25. Anträge der Fraktionen

25.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2026 - Abstimmungen der
Straßengestaltung für Parkflächen sowie Querungsmöglichkeiten für die KiTa
in der Schulstraße in Bergisch Gladbach-Sand
0343/2026

Herr Renneberg sagt, dass die CDU-Fraktion eine Abstimmung über den Antrag wünsche. Es gebe ganz viele Punkte seitens der Verwaltung, die in sich nicht richtig seien. Daher schlage die CDU-Fraktion vor, ein Planungsbüro damit zu beauftragen, welches sich mit den Anwohnenden abstimme, und Vorschläge unterbreite wie hier vorgegangen werden könne.

Herr Dr. Schillings ergänzt, dass dieses Versorgungsrecht den Anwohnenden die Möglichkeit eröffne zu klagen und er habe mit einem Anwalt gesprochen, welcher einer solchen Klage gute Chancen auf Erfolg ausrechne. Daher sollten Kompromisse mit den Anwohnenden herbeigeführt werden.

Herr Cremer wohne in der Schulstraße und dort gebe es keinen Verkehr. Es sei dort sehr ruhig. Dort gebe es eine 30iger Zone und der einzige Verkehr werde durch die Eltern, die ihre Kinder bringen, verursacht. Daher solle alles so beibehalten werden, wie es sei und erst einmal geschaut werden, wie es funktioniere.

Herr Dr. Ufer sagt, dass sich die Fraktion von BÜNDNIS 90/Die Grünen der Empfehlung der Verwaltung anschließen würde und dies bedeute, dass sie den Antrag ablehnen.

Herr Dr. Bacmeister wolle wissen, ob die KiTa schon im Bau sei und wann die Eröffnung geplant sei. Des Weiteren wolle er noch wissen, welchen Einfluss ein solches Gutachten hätte.

Herr Renneberg sagt, dass, die KiTa fast fertig sei und seit 1 ½ Jahren seien die Anwohnenden mit der Schulbaugesellschaft in Klärung. Es sei jedoch auch zu berücksichtigen, dass zwei Zufahrten vergessen wurden mit in die Planung aufzunehmen und darüber hinaus fehle noch ein Verkehrsgutachten. Er gebe zu bedenken, dass wenn der Empfehlung der Verwaltung gefolgt werde, es zu einer Klage kommen könne.

Herr Migenda sagt, dass als er zuständiger Jugenddezernat war, es immer geheißen habe, dass KiTa Plätze fehlen würden. Er gehe davon aus, dass diese nach wie vor fehlen. Er kenne zum Teil die Akteure, die ihre Sorgen und Bedenken vorgetragen haben.

Des Weiteren sagt er, dass sich die Verwaltung, da es sich um ein Kirchengrundstück handle, mit dieser abstimmen müsse. Bei dem Einsatz eines externen Büros würden sich die Zuständigkeiten des Rates und des Ausschusses mit denen des Bürgermeisters überschneiden. Er wisse nicht, ob der Ausschuss die Befugnis habe, hierüber abzustimmen, da es eine Aufgabe der Verwaltung sei. Diese Angelegenheit wurde bereits von der Rechtsabteilung geprüft. Es sei nicht allein eine Angelegenheit der Schulbaugesellschaft und des FB 6. Wenn noch ein Planungsbüro eingeschaltet werde, dann sei dies ein sehr weitgehender Auftrag. Darüber hinaus könne er auch keine Prognose darüber abgeben, wie eine Klage ausgehen würde. Es gehe jedoch darum, dass die KiTa bald fertig gestellt werde.

Herr Dr. Schillings sagt, dass auf eine Klage zugesteuert und die Baustelle stillgelegt werden könne. Dies hätte zur Folge, dass die KiTa nicht in Betrieb genommen werde. Es gehe darum, dass eine Lösung gefunden werde, dass die Anwohnenden ihr Versorgungsrecht behalten, und daher müsse ein Kompromiss gefunden werden.

Herr Schade sagt, dass er über den Beschlussvorschlag abstimmen lassen werde, da dies die CDU-Fraktion beantragt habe.

Herr Dr. Bacmeister geht auf ein Argument von Herrn Renneberg ein. Dort gebe es eine Engstelle und man könne dies durch eine einfache Maßnahme, wie ein Halteverbot für LKW's lösen. Er stimme zu, dass mit den Anwohnenden eine Lösung gefunden werden müsse. Jedoch solle es auch eine ausreichende Versorgung mit KiTa Plätzen geben. Daher schlage er vor, den Beschlussvorschlag abzuschwächen.

Herr Dr. Schillings schlägt daher vor, die Worte „falls nötig“ einzufügen.

Herr Migenda sagt, dass die Verwaltung aus personellen Gründen nicht mehr die Kommunikationsmöglichkeiten habe.

Herr Schade lässt über den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion mit dem Zusatz „falls nötig“ abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich abgelehnt, entgegen der Stimme der CDU-Fraktion)

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den betroffenen Anwohnern (angrenzende und gegenüberliegende Anrainer) in der Schulstraße in Bergisch Gladbach-Sand, falls nötig durch ein fachlich hierzu geeignetes Ingenieurbüro eine Verkehrsplanung für die Gestaltung der Parkflächen der KiTa sowie eine Planung für die Querungsmöglichkeiten an der neu zu errichtenden Kindertagesstätte aufzustellen.

Des Weiteren dürfen bei der Planung keine privaten Grundstücke oder sonstige Rechte, wie Bestandsrecht der Anrainer, mit in Betracht gezogen werden und sind hier auszuschließen. Weiter sollen nach Möglichkeit alle durch die Verwaltung notwendigen verkehrsbaulichen Maßnahmen, wie nach Maßgabe der Baugenehmigung zu errichtende Parkplätze der KiTa selbst, Gehwege, etc. auf dem Grundstück der KiTa selbst realisiert werden. Der Plan soll den Bereich von der T-Kreuzung „Schützheide“/„Schulstr.“ bis zum „St. Rochus-Weg“ abdecken.

Das Ergebnis der nach Möglichkeit mit den Anrainern im Einvernehmen erstellten Planung ist sodann dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen (AMV) zur finalen Beschlusslage vorzustellen.

25.2. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen und SPD vom 14.04.2026 - Kompensationsmaßnahmen Ausfall S-11 bzw. Linie 1
0306/2026/1

Herr Dr. Ufer sagt, dass das, was die Verwaltung über den Schienenersatzverkehr S11B schreibe, sehr interessant sei. Dort fahre ein Bus von Bergisch Gladbach Bahnhof zur Haltestelle Dellbrück Mauspfad, um dann den Umstieg in die Linie 3 und 13 zu ermöglichen. Es sei ein Anstieg der Nachfrage von insgesamt ca. 30 % zu verzeichnen. Es stehe aufgrund der günstigen Reisezeiten und Zuverlässigkeit ein bisher nicht ausgeschöpftes Potenzial zur Verfügung. Es könne zwar nicht entschieden werden, dass Buslinien eingeführt werden. Man solle jedoch einmal darüber nachdenken, was wir als Stadt unternehmen könnten und mit dem Kreis darüber sprechen, dass diese Buslinie dauerhaft betrieben werde, da dies eine gute Ergänzung zur Straßenbahnlinie 1 sei.

Frau Krause bittet darum, dass er sich an die Kreistagskollegen wenden solle, da der Kreis gerade den neuen ÖPNV-Nahverkehrsplan aufstelle und dann wäre dies sicherlich eine Anregung.

Herr Dr. Ufer erwidert, dass es eine andere Qualität hätte, wenn er sich als Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen an die Kreisverwaltung wende oder die Stadt Bergisch Gladbach.

Frau Krause sagt, dass sie nicht gemeint habe, dass er sich persönlich an die Kreisverwaltung wenden solle, sondern die Fraktion. Dies sei der zielführendste Weg, denn wenn sich die Stadt Bergisch Gladbach an die Kreisverwaltung wende, dann käme die Frage nach der Gegenfinanzierung auf. Daran würde es am Ende scheitern.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

25.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 21.05.2026 - Einbahnstraßenregelung vordere Schloßstraße sowie Nikolausstraße
0385/2026

Herr Reiländer sagt, dass es bei dem Antrag der CDU-Fraktion darum gehe, dass der Verkehr in der neu gepflasterten Schloßstraße entlastet werden soll. Einige Bürger hätten zudem Angst, die holprige Kadettenstraße hochzufahren oder die 600 Meter Umweg durch den Rest der Schloßstraße in Kauf zu nehmen und die Ausfahrt durch die Nikolausstraße sei versperrt. Daher habe die CDU-Fraktion eine Einbahnstraße von der Gladbacher Straße bis zur Nikolausstraße vorgeschlagen. In der Stellungnahme der Verwaltung stehe, dass eine Umwidmung zur Einbahnstraße auf Grundlage des § 45 StVO eine umfangreiche Prüfung erfordere. Daher wolle er von der Verwaltung wissen, ob es einfacher sei, wenn man nur die Nikolausstraße, welche bereits eine Einbahnstraße sei, umkehre und den Rest so belasse. Die CDU-Fraktion möchte, dass in der heutigen Sitzung über den Beschlussvorschlag abgestimmt werde.

Herr Laschet findet, dass die Idee nachvollziehbar sei und dies könne den Verkehrsfluss in der Schloßstraße und den Nebenstraßen verbessern. Trotzdem sei die rechtliche Auslegung der Verwaltung eindeutig. Daher schlage er vor, der Verwaltung Zeit für die rechtliche Prüfung zu geben.

Herr Dr. Ufer findet den Vorschlag der CDU-Fraktion sehr gut und seine Fraktion würde dem Antrag zustimmen.

Frau Krause sagt, dass, wenn die Verwaltung zu einer rechtlichen Prüfung verpflichtet sei, könne man daran nichts ändern.

Herr Reiländer fügt noch weiter an, dass, wenn die Prüfung der vorderen Schloßstraße (Haus.-Nr. 1 – 16) schwierig sei, man auch nur die Nikolausstraße betrachten könne.

Herr Dr. Ufer sagt, dass der Antrag der CDU-Fraktion die Verwaltung nicht dazu verpflichte, den Sachverhalt zu prüfen und daher müsse über eine Prüfung abgestimmt werden.

Herr Schade weist daraufhin, dass es sich bei dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion um keinen Prüfauftrag handle. Man könne diesen zu einem solchen umformulieren.

Herr Migenda schlägt vor, dass der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion um den Zusatz „Die Verwaltung prüfe ob,...“ ergänzt werde. Dann könne man sehen, welches Ergebnis dabei herauskomme.

Herr Reiländer fügt noch weiter an, dass es bei dem Antrag nicht allein um die Prüfung gehe, sondern auch um die Umsetzung.

Herr Migenda antwortet, dass dies auch so von der Verwaltung verstanden wurde.

Herr Schade ändert den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig angenommen)

Die Verwaltung wird mit dem Ziel beauftragt, zu prüfen, ob der Verkehr in der vorderen Schloßstraße (ab Ende Gladbacher Straße bis Nikolausstraße) künftig als Einbahnverkehr geführt werden kann, um so den Verkehrsfluss signifikant zu verbessern. Als integraler Bestandteil der Maßnahme soll der einfahrende Verkehr aus der Nikolausstraße unterbunden und der Abfluss des Verkehrs aus der vorderen Schloßstraße durch die Umkehrung der Einbahnrichtung in der Nikolausstraße ermöglicht werden.

26. Anfragen der Ausschussmitglieder

26.1. Anfrage der Bürgerpartei GL vom 03.05.2026 - Rechtswidrige Anordnung der Fahrradstraße **0371/2026**

Herr Dr. Bacmeister macht zwei Anmerkungen zu diesem Thema. Er finde es bemerkenswert, dass für eine Anordnung aus Juli 2025 erst nach 6 Monaten eine Klage eingereicht werde und dann die Eilbedürftigkeit und eine vorläufige Regelung für richtig gehalten werde. Des Weiteren sagt er, dass solche Gerichtsurteile zu einem erhöhten Bürokratieaufwand führen, da die Verwaltung nun deutlich mehr prüfen müsse. Die Entscheidungsfähigkeit werde hierdurch eingeschränkt.

Herr Schade fügt an, dass er aus seiner beruflichen Praxis wisse, dass Eilanträge in der Regel nicht unter einem Jahr dauern.

Herr Dr. Ufer sagt, dass die Anwohnenden das Recht auf eine Klage haben. Ob das, was das Gericht entschieden habe, richtig sei, könne man nicht beurteilen. Die Verwaltung halte sich selbstverständlich daran, was das Gericht entschieden habe, und setze dies um.

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

26.2. Gemeinsame Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen und SPD vom 20.05.2026 zum aktuellen Sachstand der Einrichtung von Schulstraßen **0381/2026**

Herr Herzig hat eine ergänzende Frage. Im letzten Ausschuss für Anregungen und Beschwerden im März 2026 wurde ein Antrag über eine weitere Schulstraße vor der GGS Paffrath gestellt. Dieser Antrag wurde zur weiteren Beratung in den AMV verwiesen. Er möchte von der Verwaltung wissen, wann dieser Punkt behandelt werde.

Frau Krause antwortet, dass aufgrund der personellen Situation überlegt werden müsse, wie mit dem gesamten Thema umgegangen werde. Es gäbe Schulen, die schon viel länger einen Antrag gestellt haben und diese müssten vorrangig bearbeitet werden. Im nächsten Ausschuss werde es eine Vorlage geben, in der das Thema umfassend dargestellt werde und dann gebe es auch einen Ausblick über die weitere zeitliche Planung.

26.3. Mündliche Anfragen

Herr Henkel hat eine Frage zur Altenberger -Dom-Straße Abschnitt 2. Diese befinde sich in der Umsetzung. Die Bordsteinkanten wurden erneuert und gestrichen. Nun habe er Hinweise von den Anwohnenden erhalten, dass der Wechsel von den neuen und alten Bordsteinen sehr unschön aussehe. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob es möglich sei, auch die alten Bordsteinkanten in der Farbe der Neuen anzustreichen.

Des Weiteren sagt er, dass es an der B 506, Alte Wipperfürther Straße, vom Friedhof bis zur Kreuzung Odenthaler Straße einen gemischten Rad- und Fußweg gebe. Am Bordsteinrand würde das Unkraut aus der Bordsteinkante wachsen und auf der anderen Seite wachsen Bäume und Sträucher. Dies sei insbesondere auch wegen der Sichtverhältnisse nicht gut und daher möchte er wissen, wer innerhalb der Verwaltung dafür zuständig sei.

Herr Hardt sagt, dass technisch geprüft werden müsse, ob es sinnvoll machbar sei, die Bordsteinkanten an der Altenberger-Dom-Straße zu streichen. Das Teilstück an der Alten Wipperfürther Straße ist in der Baulast des Landesbetriebes, die Stadt Bergisch Gladbach sei Eigentümer der angrenzenden Flächen und des Lärmschutzwalls. Und es höre sich so an, als ob diese Bepflanzung in den Gehweg hineinrage. Daher müsste das Ordnungsamt die Stadt als Eigentümerin der Fläche auffordern, den Bewuchs zurückzuschneiden. Dann könnte das mit der GL-Service abgeklärt werden, so dass es zeitnah im Sommer angegangen werden könne. Er habe dies notiert und werde es in die Wege leiten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der Überprüfung am darauffolgenden Tag wurde festgestellt, dass die Arbeiten kurz vorher bereits durchgeführt waren.

Herr Renneberg sagt, dass die Berliner Kissen an der Einfahrt zum Turbokreisel verschwunden seien. Er wolle wissen, ob diese nun neu errichtet werden.

Herr Hardt sagt, dass dies den Abschnitt aus Richtung Odenthaler Straße kommend betreffe und dies sei im Arbeitskreis von den Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen und SPD besprochen worden. Das Material sei bestellt worden und soll in der nächsten Woche kommen und dann direkt installiert werden.

Frau Häuser sagt, dass an der GGS Hebborn die Verkehrssituation an der Bushaltestelle gegenüber der Odenthaler Straße aufgrund einer Fahrplanänderung sehr unübersichtlich sei. Sie möchte von der Verwaltung wissen, ob hier bereits Maßnahmen zur Sicherheit der Schüler geplant seien.

Frau Krause sagt, dass für die Busfahrpläne der Kreis und die Wupsi verantwortlich seien und nicht die Stadt Bergisch Gladbach. Es müsse im Rahmen des barrierefreien Ausbaus auch überlegt werden, ob sich die Bushaltestelle an der richtigen Stelle befinde oder verlegt werden sollte. Dies könne sie ohne Prüfung nicht beantworten.

Herr Dr. Schillings sagt, dass der Radweg zwischen Spitze und Herkenrath von Straßen NRW angekündigt gewesen sei und er wolle von der Verwaltung wissen, woran es liege, dass er noch nicht gebaut wurde.

Herr Hardt antwortet, dass es hier eine Verzögerung gegeben habe. Bisher wurde noch nicht ausgeschrieben. Voraussichtlich geschehe dies im 3. Quartal 2026.

Herr Dr. Ufer fragt nach dem Sachstand zu seiner Anfrage aus der letzten Sitzung bezüglich des Sicherheitsaudits zur Paffrather Straße. Des Weiteren werden an der Ampel Buchholzstraße/Mülheimer Straße Fahrradfahrer von der Ampel nicht erkannt. Daher müsse man sehr lange an der roten Ampel stehen. Er bittet um Prüfung und Beseitigung.

Frau Krause sagt zu, dass das Sicherheitsaudit verschickt werde.

Frau Skribbe möchte von der Verwaltung wissen, wann die Baustellenbaken in der Gartenstraße von der Schloßstraße kommend abgebaut werden. Des Weiteren ständen auf dem Radweg Bahndamm auch solche Warnbaken.

Herr Hardt sagt, dass an der Gartenstraße/Schloßstraße wieder Poller vorgesehen seien, aber nicht die einfachen, wie sie vorher waren, sondern die edlen, wie aus der Schloßstraße bekannt. Dies sollte bereits geschehen seien, da es bereits beauftragt wurde. Die Frage bezüglich der Baken auf dem Radweg Bahndamm werde mit der Niederschrift beantwortet.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Schadstellen konnten zwischenzeitlich beseitigt und die Warnbaken daher abgebaut werden.

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass bei der Alten Wipperfürther Straße Mischzuständigkeiten vorliegen und er wolle wissen, ob es Kooperationen gebe, damit sich um beides gekümmert werde. Des Weiteren führt er an, dass an der Ecke Nittumer Weg/Schlebuscher Straße auch Unkraut wachse, welches zurückgeschnitten werden müsste.

Herr Hardt sagt, dass es sich bei der Alten Wipperfürther Straße um keine Mischzuständigkeiten handle, sondern es gebe eine klare Regelung. An der Alten Wipperfürther Straße sei die Stadt Bergisch Gladbach Grundstückseigentümer. Bei den Sichtdreiecken sei gesetzlich geregelt, dass die untergeordnete Straße in der Zuständigkeit sei und auch der Nittumer Weg sei in der Zuständigkeit der Stadt Bergisch Gladbach.

Herr Dr. Bacmeister möchte von Frau Krause wissen, ob die Problematik mit dem Bring- und Holverkehr an der KiTa am Ende der Schmidt-Blegge-Straße in die Gesamtaufstellung mit einfließen werde.

Frau Krause antwortet, dass dies mit in die Verkehrsbesprechung aufgenommen werde.

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass an der Bensberger Straße eine Displayanlage stehe, welches die vorbeifahrenden Radfahrer zähle. Diese Anzeige funktioniere nicht.

Herr Migenda sagt, dass er die Anlage demontieren lasse.

Herr Reiländer hat eine Frage zu dem Sachstand der RadPendlerRoute 2, insbesondere zur Beteiligung des Kreises. Es wurde angeregt, anstatt der Straße Rodemich den parallel verlaufenden Trassenweg zu nutzen. Man habe sich an die Kreistagsfraktion gewendet, um dies im entsprechenden Ausschuss prüfen zu lassen. Der Kreistag wollte diesen Abschnitt aus dem Naturschutzgebiet ausklammern, damit er für den Radverkehr genutzt werden könne. Er möchte wissen, wie hier der aktuelle Sachstand sei.

Herr Migenda sagt, dass die Gespräche mit den Anwohnenden sehr konstruktiv gewesen seien und sie viel Verständnis gehabt hätten. Es gebe allerdings zurzeit eine klare rechtliche Situation, welche keinen Ermessensspielraum zulasse. Die Verwaltung sei regelmäßig nicht nur zu diesem Thema mit den zuständigen Dezernenten im engen Austausch. Sobald sich diese Situation ändere, es eine entsprechende Mehrheit gebe bzw. die Ordnungsbehörde dies unterstütze, werde an dieser Stelle nachjustiert.

Herr Reiländer merkt an, dass konstruktiv für ihn ein Ausdruck dafür sei, dass sich die Anwohnenden mit dem Thema auseinandersetzen, insbesondere, dass sie zahlreich zu einer

solchen Bürgerbeteiligung mit ihren Anregungen kommen und dies haben sie auch gemacht. Eine Idee sei es gewesen, eine entsprechende Trasse durch den Wald zu führen. Die Verwaltung sei von Anwohnenden kritisiert worden und er sage, sie seien konstruktiv unterwegs gewesen. Hier gebe es keinen Konflikt. Den Konflikt sehe er eher an einer anderen Stelle, da er gehört habe, dass, wenn die Führung der Route durch den Wald komme, dies an den zusätzlichen Kosten für die Beleuchtungsmaßnahmen scheitern könne. Des Weiteren habe er gehört, dass dort auch einige Kosten für die Einmündung der Gierather Straße zum Rodemich entstehen. Es gehe hierbei nicht um die Entscheidung Rodemich oder der anderen Straße. Das Geld könne nur einmal ausgegeben werden. Wenn die Verwaltung eine Chance sehe, dass sich die rechtliche Situation ändere, dann sollte die Verwaltung vielleicht darüber nachdenken, dass die Kosten nicht ausgegeben, sondern eine temporäre Lösung geschaffen werde, womit alle einverstanden wären.

Herr Migenda stellt noch einmal fest, dass er mit konstruktiv meine, dass man sich gut miteinander ausgetauscht habe, und er sehe keinerlei Konflikte. Er habe die Intention verstanden, aber zurzeit gebe es eine rechtliche Situation, die die Verwaltung zu beachten habe. Hier sei die Zuständigkeit beim Kreis und er werde nicht eventuelle Entscheidungen des Kreises vorgreifen. Es handle sich hierbei um ein Naturschutzgebiet.

Herr Dr. Ufer sagt, dass die Verwaltung nichts falsch gemacht habe. Es gab den Vorschlag, wie die RadPendlerRoute verlaufen soll und dies war durch den Rodemich. Dann habe die Fraktion von BÜNDNIS 90/Die Grünen beantragt, prüfen zu lassen, ob dies auch durch den Gierather Wald auf der alten Trasse möglich sei. Dies habe die Verwaltung durch den Kreis prüfen lassen und das Ergebnis sei gewesen, dass dies aufgrund des Naturschutzes nicht gehe. Dann habe man im Ausschuss beschlossen, dass die Route durch den Rodemich geführt werden soll. Sollte bei einer erneuten Prüfung durch den Kreis herauskommen, dass die Route doch durch den Gierather Wald laufen könne, dann könne erneut darüber im AMV abgestimmt werden.

Herr Maus berichtet, dass er im Jahr 2025 Besuch aus Japan gehabt habe, und dieser habe sich über den Zustand der Stadt Bergisch Gladbach gewundert, da die Straßen sehr verwahrlost seien. Daraufhin habe er Herrn Migenda angeschrieben und ihm eine Dokumentation geschickt. Dies habe er dieses Jahr noch einmal wiederholt. Herr Migenda gab den Hinweis, dass sich jemand darum kümmern müsse und nun möchte er wissen, wer hierfür zuständig sei.

Herr Niemann sagt, dass er in dem Flyer von der KVB gesehen habe, dass die Ersatzbuslinie 101 Richtung Bensberg gesperrt sei und auch der Teil von Köln Messe bis zum Neumarkt. Dazwischen sei eine große Lücke. Wenn er den Ersatzbus von Bensberg nehme, dann sei hinter der Haltestelle Merheim Ende und er komme nicht nach Köln. Er wolle wissen, ob dies so beabsichtigt gewesen sei.

Herr Schade sagt, dass die KVB dafür zuständig sei.

Herr Schade habe vor über einem Jahr einmal auf die Situation in Moitzfeld hingewiesen. Diese sei morgens nicht schön. Dort sei die KiTa und zusätzlich noch der Elternparkplatz. Dort, wo die Kinder aus dem kleinen Weg von der Straße „Platzer Höhenweg“ kommen, sei die Situation sehr unübersichtlich. Es seien Piktogramm aufgebracht worden und er habe nicht den Eindruck, dass dies die Autofahrer beeindruckt habe. Daher bittet er die Verwaltung, dies noch einmal kurzfristig zu prüfen.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:42 Uhr.

